UNIVERSITÄT LEIPZIG
Leipzig Research Centre Global Dynamics

ELSE FRENKEL-BRUNSWIK INSTITUT
FÜR DEMOKRATIEFORSCHUNG IN SACHSEN

Universität Leipzig, Else-Frenkel-Brunswik-Institut, IPF 348003, 04081 Leipzig

Herr Tilman Meckel
Referent für Wissenschaftskommunikation

Telefon 0341 97-37892
efbi@uni-l.info

11. November 2026

PRESSEMITTEILUNG

Leipziger Autoritarismus Studie 2026
Demokratie unter Druck: Wunsch nach nationaler Größe und nach autoritärer Zerstörung in Deutschland 2026 stark ausgeprägt

Else-Frenkel-Brunswik-Institut
für Demokratieforschung in Sachsen
an der Universität Leipzig
Dittrichring 18–20
04109 Leipzig

Telefon
+49 341 97-37892

E-Mail
efbi@uni-l.info

Web
efbi.de

Postfach intern
348003

Per E-Mail kein Zugang für elektronisch signierte sowie für verschlüsselte elektronische Nachrichten.

Die Universität Leipzig ist auf sicherem elektronischem Weg ausschließlich über ein besonderes Behördenpostfach (beBPo) nach § 3a Abs. 3 Nr. 2 a-c VwVfG zu erreichen.

Nähere Informationen unter: https://www.esv.sachsen.de

Die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland hat einen Tiefstwert erreicht. Gleichzeitig wird die Vergangenheit idealisiert und die Sehnsucht nach einem apokalyptischen Bruch mit der Gegenwart geäußert. Auch steigt der autoritäre Wunsch nach einer starken Partei und antisemitische Aussagen erfahren hohe Zustimmungswerte. Das sind zentrale Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studie 2026, die heute (11. November) unter dem Titel „Der aufhaltsame Aufstieg des Autoritären" von Prof. Dr. Oliver Decker (Universität Leipzig) und Dr. Ayline Heller (GESIS) in der Bundespressekonferenz in Berlin vorgestellt wurde. Die Studie entstand in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung sowie der Otto Brenner Stiftung.

Zum ersten Mal seit Beginn der Studienreihe im Jahr 2002 fiel die Zustimmung zur **Demokratie als Idee** auf unter 90 Prozent (89,3 Prozent). Zurückzuführen ist dies vor allem auf einen massiven Vertrauensverlust unter ostdeutschen Befragten (85,7 Prozent). Auch die Zufriedenheit mit der **verfassten Demokratie,** die im Jahr 2026 deutschlandweit nur noch bei 65,2 Prozent liegt, erreicht einen neuen Tiefststand; hier ist der Rückgang in Ostdeutschland ebenfalls am deutlichsten (2024: 81,2 Prozent; 2026: 59,8 Prozent). Noch gravierender fällt der Rückgang der Zustimmung zur **im Alltag erlebten Demokratie** aus: Bundesweit ist gerade einmal ein Drittel der Befragten mit der in Deutschland gelebten Demokratie zufrieden, wobei die Werte sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland stark gesunken sind. Liegt sie im Westen bei nur noch 36 Prozent, sank die Zustimmung im Osten Deutschlands sogar auf 22,8 Prozent.

„Unsere Demokratie steht unter großem Druck. Sie hat in der Breite der Bevölkerung an Akzeptanz verloren", stellt Studienleiter Prof. Dr. Oliver Decker fest. „Erschreckend ist, wie sehr eine autoritäre Sehnsucht an deren Stelle tritt". Der Sozialpsychologe hat die Studie gemeinsam mit Prof. Dr. Elmar Brähler, Dr. Johannes Kiess und Dr. Ayline Heller veröffentlicht.

Rechtsextreme Einstellungen: Zunahme beim Nationalstolz und dem Wunsch nach einer starken Partei

Das schlechte Abschneiden der Demokratie spiegelt sich im Wunsch nach einer rechtsautoritären Diktatur als Staatsform: Mit 23,2 Prozent äußert knapp ein Viertel der Bevölkerung ausdrücklich den **Wunsch nach einer „einzigen starken Partei**, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert"; im Osten liegt der Wert mit 30,9 Prozent noch einmal höher. Hinzu kommt, dass ein Viertel der Bevölkerung dieser Aussage teilweise zustimmt, so dass sich der Forderung knapp die Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung anschließt – im Osten sind es sogar knapp 60 Prozent.
Zum zweiten Mal in Folge sind die Zustimmungswerte zur rechtsextremen Einstellung insgesamt, aber auch in fast allen Teildimensionen gestiegen. Hervorzuheben ist insbesondere der Nationalstolz in Form des **Chauvinismus**, der mit einer ausdrücklichen Zustimmung von 19,9 Prozent den höchsten Wert seit Beginn der Studienreihe erreicht. Einzelnen Aussagen dieser Dimension stimmt über die Hälfte der deutschen Bevölkerung mindestens teilweise zu. So sind beispielsweise 28,5 Prozent ausdrücklich der Meinung, dass es „ein hartes und energischen Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland" braucht; weitere 25,8 Prozent sehen dies teilweise so. Im Osten Deutschlands fällt die Zustimmung zu dieser Aussage noch einmal um ca. 6 Prozentpunkte höher aus. Der Anteil von Menschen mit einem **geschlossen rechtsextremen Weltbild** erreicht mit 6,9 Prozent den höchsten Wert seit 2014.

Sehnsucht nach Vergangenem und Erlösung durch Zerstörung

Das geringe Vertrauen in die Demokratie und die hohen Zustimmungswerte zu rechtsextremen Aussagen sind eng assoziiert mit einer **regressiven Nostalgie** und dem **Wunsch nach apokalyptischer Zerstörung**. 33,5 Prozent sehnen sich ausdrücklich nach einer Vergangenheit, in der „Leute wie sie mehr respektiert und geachtet" worden seien. Im Osten sind es insgesamt rund 40 Prozent und im Westen 32 Prozent, die auf diese Weise die Vergangenheit idealisieren. Zusätzlich stimmt dieser Aussage jeder Vierte in Ost und West teilweise zu.
14,7 Prozent der Bevölkerung sind ausdrücklich der Meinung, dass „alles kaputt gehen muss, damit wieder etwas neues entsteht"; weitere 20 Prozent können dem teilweise etwas abgewinnen. Mit 30,4 Prozent meint fast jeder dritte Befragte ausdrücklich, dass es „etwas Radikales braucht, damit der gegenwärtige Zustand sich ändert". Weitere 29,1 Prozent stimmen dem teilweise zu. Wer diese apokalyptische Sehnsucht teilt, weist deutlich mehr antisemitische Ressentiments auf.
Beide Dimensionen stehen im Zusammenhang mit der **Parteipräferenz**: Je stärker regressive Nostalgie und Apokalypse-Sehnsucht ausgeprägt sind, desto eher bevorzugen Befragte die AfD und die Freien Wähler. Gerade die AfD knüpft mit ihrer Krisen-Rhetorik an diese Sehnsüchte an. „Der so beförderten Abkehr von der Gegenwart müssen überzeugende demokratische Angebote und politische Handlungsfähigkeit im Heute entgegengesetzt werden", betont Dr. Johannes Kiess.

Bundesweit ist ein Anstieg antisemitischer Einstellungen zu beobachten

In der Studie werden verschiedene Formen des Antisemitismus erhoben: Neben dem tradierten Antisemitismus werden israelbezogener Antisemitismus, Schuldabwehrantisemitismus und postkolonialer Antisemitismus erfasst. Für alle genannten Formen des Antisemitismus ist ein Anstieg zu beobachten. Zum zweiten Mal in Folge stieg die Zustimmung zum **tradierten Antisemitismus**: 2024 lag der Wert bei 4,0 Prozent; 2026 stimmen 6,2 Prozent der Befragten den entsprechenden Aussagen ausdrücklich zu. **Israelbezogener Antisemitismus** wird von 16 Prozent der Befragten ausdrücklich geteilt – 2022 waren es 6,2 Prozent, 2024 bereits 9,1 Prozent. Ein ausdrücklich geäußerter **Schuldabwehrantisemitismus** findet sich 2026 bei 30,7 Prozent der Befragten, was einem Anstieg um drei Prozentpunkte im Vergleich zu 2024 entspricht.

Angesichts der Entwicklungen nach dem 7. Oktober 2023 wurde in der Untersuchung 2024 zum ersten Mal auch **postkolonialer Antisemitismus** erhoben. Auch hier stieg die ausdrückliche Zustimmung zu allen Aussagen an: 17,6 Prozent der Befragten meinen, dass der „deutsche Schuldkomplex […] den Freiheitskampf der Palästinenser“ behindere; 15,8 Prozent sind der Auffassung, dass Israel nur gegründet wurde, „damit Europäer kein schlechtes Gewissen haben“, und 17,7 Prozent verstehen den Nahostkonflikt als einen Konflikt zwischen „weißem Kolonialismus und unterdrückten Minderheiten“. Weitere 25,5 bis 32,5 Prozent stimmen diesen Aussagen teilweise zu.
„In der diesjährigen Studie konnten wir zeigen, dass wir die Zustimmung insbesondere zum tradierten Antisemitismus deutlich unterschätzen“, erklärt Mitherausgeberin Dr. Ayline Heller. „Aufgrund sozialer Sanktionierung müssen wir die gemessenen Zustimmungswerte zum Antisemitismus daher als Untergrenze verstehen.“

Der aufhaltsame Aufstieg des Autoritären

Die Ergebnisse der diesjährigen Studie sind alarmierend – gerade in Hinblick auf das Vertrauen in die Demokratie sowie die Zustimmung zu rechtsextremen und antisemitischen Aussagen. Jedoch zeigen die Langzeitverläufe, dass die Möglichkeit einer Trendumkehr durchaus besteht. Bereits bei früheren Erhebungen erreichten rechtsextreme Aussagen hohe Zustimmungswerte, die in den Folgejahren auch wieder sanken. Neben dem Einfluss gesellschaftlicher Krisen sind politisches Handeln sowie dessen gesellschaftliche Wahrnehmung von zentraler Bedeutung. „Wir sehen, dass die oft behauptete Alternativlosigkeit zur Handlungsunfähigkeit führt. Das stärkt paradoxerweise derzeit diejenigen, die die Krise rhetorisch auch noch zuspitzen“, erläutert Professor Elmar Brähler.

Zur Methode

Die Leipziger Autoritarismus Studie wird seit 2002 durchgeführt und erfasst die Einstellungen der Bevölkerung zu autoritären und demokratiefeindlichen Tendenzen. Für die repräsentative Erhebung wurden zwischen dem 16. März und dem 3. Juni 2026 zufällig 2.507 Personen in Ost- und Westdeutschland ausgewählt.
Die Teilnehmer werden von den Interviewern zuhause aufgesucht. Die Befragten bekommen den Fragebogen mit den politischen Einstellungsfragebögen ausgehändigt, füllen ihn selbst aus und übergeben diesen danach den Interviewern – bei Wunsch auch in einem Umschlag. Mit diesem Vorgehen gelingt es, Teilnehmer in etwa 40 Prozent der angesteuerten Haushalte für die Untersuchung zu gewinnen.
Bei den hier aufgeführten Aussagen und Dimensionen hatten die Befragten eine fünfstufige Antwortskala zur Verfügung. Sie umfasst die Antwortmöglichkeiten (1) „lehne völlig ab“, (2) „lehne überwiegend ab“, (3) „stimme teils zu, teils nicht zu“, (4) „stimme überwiegend zu“ und (5) „stimme voll und ganz“. Die hier aufgeführte ausdrückliche Zustimmung fasst die beiden Antwortmöglichkeiten (4) und (5) zusammen.

Die komplette Studie und weiteres Informationsmaterial finden Sie unter:
efbi.de/autoritarismus.html

Publikation

Der Auswertungsband der Studie erscheint unter dem Titel „Der aufhaltsame Aufstieg des Autoritären“ im Psychosozial-Verlag und liegt als gedruckte Fassung sowie als E-Book (Open-Access) vor.

Oliver Decker, Ayline Heller, Johannes Kiess & Elmar Brähler (Hg.)
Der aufhaltsame Aufstieg des Autoritären
Sehnsucht nach Vergangenem und Erlösung durch Zerstörung
Leipziger Autoritarismus Studie 2026
Gießen: Psychosozial-Verlag, 2026
ISBN: 978-3-8379-3574-5
https://doi.org/10.30820/9783837964806

Kontakt für Rückfragen:
Tilman Meckel
Referent für Wissenschaftskommunikation
Else-Frenkel-Brunswik-Institut an der Universität Leipzig
Telefon: +49 341 97-37892
E-Mail: efbi@uni-l.info